

Ministerium für die Wissens- und Informationsgesellschaft



Deutschland verschläft den Wandel zur Informationsgesellschaft. In vielen internationalen Vergleichen belegt unser Land die hinteren Plätze. Dass das Land mehr kann, ist auch schon der SPD aufgefallen, und wenn die CDU die Kraft hat, dann fehlt es offenbar an der Kompetenz, die die Informationsgesellschaft braucht.

Insbesondere fehlt die Fähigkeit, dem stattfindenden Wandel vorausschauend und mit dem klaren Willen zur Veränderung zu begegnen.

Die Piratenpartei Deutschland präsentiert mit dem Entwurf eines Ministeriums für die Wissens- und Informationsgesellschaft einen Schritt, mit dem nicht nur der Rückstand Deutschlands aufgeholt werden soll, sondern wichtige neue gesellschaftliche und technologische Erscheinungen in das Zentrum politischen Handelns gestellt werden.

Die Abteilungen des Ministeriums begründen sich im Folgenden.

Die neue Ministerialabteilung **Digitale Teilhabe** stellt sicher, dass möglichst viele sozial Schwache, ältere Menschen und Geringqualifizierte den Anschluss an die Gruppe derjenigen finden, die in der Informationsgesellschaft längst heimisch sind.

Die Abteilung **Bürgerinformation und -rechte** wird Anlaufstellen ausbauen und stärken, die den Menschen helfen, ihre Rechte gegenüber Unternehmen und staatlichen Institutionen wahrzunehmen. Leider haben derzeit der Verbraucherschutz, der Datenschutz und die Informationsfreiheit keine große Lobby.

Die Abteilung **Sicherheit und Krisenmanagement** wird unhaltbare Zustände im Bereich der Krisen- und Katastrophenvorsorge beseitigen helfen, für mehr Sicherheit im Internet sorgen und die deutschen Behörden mit Sicherheitsaufgaben durch Ausstattung mit zeitgemäßer Kommunikations- und Informationstechnologie unterstützen.

Die Abteilung **Digitale Allmende und Informationskultur** sichert "Reichtum für Alle". Unerschöpflichen Reichtum an frei verfügbarem Wissen und Kulturgütern, die von vielen Menschen bereitwillig der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden: Wikipedia und Freie Software sind die besten Beispiele. Auch sollen mit öffentlichen Geldern geschaffene Immaterialgüter den Menschen zur freien Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus droht wichtiges Kulturerbe aus den Anfängen des Informationszeitalters unwiederbringlich verloren zu gehen; dies zu bewahren kann nicht allein von wenigen engagierten Enthusiasten bewältigt werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Ministeriums wird es sein, die Entwicklung der Infrastruktur der Informationsgesellschaft nicht allein privaten Interessen unterzuordnen,

sondern **Intelligente öffentliche Infrastrukturen** zum Nutzen aller vorausschauend zu planen.

Ein besonderes Augenmerk hat das Ministerium auf die **Informationswirtschaft**, einem der wichtigsten Wachstumsträger im Land. Hierzu gehört neben der ITK-Industrie auch die Kreativwirtschaft und diejenigen Wirtschaftsbereiche, die ihre Waren und Dienstleistungen im wesentlichen mit Hilfe des Internets vertreiben.

Eine eigene Abteilung **Medien und Dienste** widmet sich den Fragen alter und neuer Medien, die eine zentrale Rolle für den Austausch von Ideen, Meinungen und kulturellen Schöpfungen in der Gesellschaft sind.

Mit größerem Fachkenntnis als bisher sollen auch die **Rechtlichen Säulen der Informationsgesellschaft** weiterentwickelt werden, die auf garantierten Kommunikationsgrundrechten und den Informationsschutzrechten basiert, die in Deutschland hoch entwickelt sind, aber dringend an die zukünftigen Anforderungen angepasst werden müssen.

Schliesslich soll das Ministerium federführend den Ausbau des **Elektronischen Staatswesens** vorantreiben, das aus Gründen der föderalen Struktur und seiner bisherigen Verortung im innovationsfeindlichen Innenministerium keinem internationalen Vergleich standhält.

Weil der technikbezogene sektorale Wandel keine Ruhephasen kennt, muss die Abteilung für **Wandel und Modernisierung** dafür Sorge tragen, dass in Deutschland zukünftig transformationsoffene Industriestrukturen vorherrschen und auch nichtkonforme innovative Akteure frühzeitig eingebunden und gefördert werden.

Und schliesslich wird sich der Erwerb von **Bildung** und die **Forschung** in **Zukunft** immer mehr in digitale Netzwerke hinein verlagern. Eines Tages wird es so sein, dass Forscher ihr Studium absolvieren und ihre Forschungstätigkeit betreiben, ohne je eine Hochschule oder Forschungseinrichtung betreten zu müssen, und lebenslanges Lernen sowie Internet- und Medienkompetenz bestimmen bereits heute die berufliche und soziale Entwicklung der jungen Generation.

Abschliessend ist die Zukunft ohne eine **gesamteuropäische Entwicklung** und die **Globalisierung** unvorstellbar, und die Informationsgesellschaft kennt keine nationalen Grenzen. Daher widmen sich zwei Abteilungen speziell der Aufgabe, alle Aspekte der Informationsgesellschaft im europäischen und globalen Rahmen zu entwickeln.

Das vollständige Konzept und weitere Hinweise finden sich unter:

<http://wiki.piratenpartei.de/Zukunftsministerium>

Beispiele für verfehlte Politik im Bereich der Informationsgesellschaft



- Deutschland liegt derzeit weltweit an 22. Stelle aller Länder bei der Versorgung mit breitbandigem Internet; vor allem sind Regionen in den neuen Bundesländern, in Niedersachsen und in Bayern unterversorgt.
- Die Politik der Bundesregierung führt auch zu einer zunehmenden "digitalen Kluft" in der Gesellschaft; besonders sozial Schwache haben oft keinen breitbandigen Internetzugang und geeignete Endgeräte
- bis 2013 wird ein hundertfacher Anstieg des weltweiten Datenverkehrs erwartet, doch Deutschland investiert pro Jahr 1,50 Euro pro Einwohner in Breitbandausbau, Neuseeland das hundertfache, Australien das tausendfache. Die deutsche Regierung sperrt sich auch gegen die Bereitstellung von EU-Mitteln zum Breitbandausbau in Europa.
- (A)DSL ist aufgrund der Asymmetrie von Up- und Downlink ein "Vergehen gegen das Internet". Im Internet ist jeder Teilnehmer Sender und Empfänger. Die bestehende Asymmetrie bedeutet für zukünftige symmetrischere Nutzungsmuster einen schweren Nachteil und erschwert bereits heute die Nutzung und den Aufbau wichtiger Dienste, etwa zur verteilten Datensicherung
- Die Art der Privatisierung der Telekom und der Netze hat den Interessen von Staat und Gesellschaft geschadet; ausser der Deutschen Telekom hat kein anderer Anbieter nennenswerte Infrastrukturen errichtet, und durch den Wegfall der strategischen Netzplanung wurde der Ausbau vor allem auf die wirtschaftlichen Interessen der Telekom hin optimiert, der Ausbau in ländlichen Regionen wurde vernachlässigt
- Das "moderne" VDSL Netz versandelt mit seinen riesigen Anschlusskästen das Stadtbild und wird in wenigen Jahren veraltet sein. Ausserdem steht VDSL derzeit Unternehmen nicht zur Verfügung. Der notwendige Ausbau moderner Gigabit-Infrastruktur in jedes Haus (FTTX) ist derzeit nicht absehbar. Der in den 90er Jahren begonnene flächige Ausbau von Glasfasernetzen (OPAL) mündete aufgrund der Telekom-Privatisierung und politischer Verantwortungslosigkeit in ein Desaster, bei dem die betroffenen Teilnehmer trotz Glasfaseranschlussleitung noch immer keine breitbandigen Internetzugänge haben
- Eine vollwertige Internet-Anbindung für Unternehmen ist nach wie vor überteuert und für kleine Unternehmen unerschwinglich (ca. 1000 Euro/Monat für symmetrischen 10 Mbit-Anschluss mit Flatrate)
- 54% der Deutschen befürchten, dass persönliche Informationen im Internet nicht geschützt sind
- 48% der Deutschen befürchten, dass der Staat infolge der technischen Weiterentwicklungen im Bereich Computer, Telekommunikation usw. die Bürger immer stärker überwachen wird.
- Vorratsdatenspeicherung, Zensurerleichterungsgesetz, Bundestrojaner und viele andere Gesetze untergraben das Vertrauen der Bürger in staatliche Internet-Angebote
- Bei E-Government, E-Participation und E-Democracy ist Deutschland noch immer ein Entwicklungsland; Deutschland liegt an 22. Stelle des "2008 e-Government Readiness Index" der UN
- Das Internetangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist vollkommen unzureichend und nutzerfeindlich. Es ist absolut unverständlich, warum Gebührenzahler keinen Zugriff auf alle mit ihrem Geld finanzierte Sendungen haben und dennoch zusätzliche Gebühren für das Internetangebot entrichten müssen.
- die deutschen Sicherheitsbehörden verfügen noch immer nicht über eigenes, modernes Kommunikationsnetz, das ganze Projekt ist ein einziges Trauerspiel, Polizisten müssen noch immer zum Teil über private Handies kommunizieren, und selbst dort, wo der neue digitale Behördenfunk verfügbar ist, reichen die geringen Datenraten nicht aus, um moderne Dienste auch zu nutzen

- Während sich das BMI vor allem mit verfassungsrechtlich bedenklichen Datensammlungen, der Ausweitung von Abhörbefugnissen und dem Abbau von Bürgerrechten von sich reden macht, wird der länderübergreifende Katastrophenschutz sträflich vernachlässigt; eine nationale Koordination von Sicherheitskräften im Katastrophenfall ist kaum möglich, das Lagezentrum im BMI ist ausschliesslich als Beobachtungs- und Bevölkerungsinformationszentrum konzipiert
- Das Internet ist bereits heute ein wichtiges Medium zur Information der Bevölkerung und zur Koordinierung von Hilfsmassnahmen, und seine Bedeutung wird zukünftig stark zunehmen; leider ist die Netzwerkinfrastruktur in Deutschland nicht für den Katastrophenfall ausgelegt, und es gibt kaum nennenswerte Internetdienste, die im Katastrophenfall zur Koordinierung von Hilfsmassnahmen genutzt werden können
- das Einsatzführungskommando der Bundeswehr, das etwa für die Koordinierung der Auslandseinsätze zuständig ist, ist kommunikationstechnisch nur bedingt auf der Höhe der Zeit - beispielsweise gibt es keine ständige Telemetrie-Verbindung zu Schiffen der Bundesmarine im Einsatz, Positionsmeldungen etwa werden nur alle 2 Stunden aktualisiert; darüberhinaus gibt es erhebliche Mängel hinsichtlich vertraulicher elektronischer Kommunikation mit verbündeten Streitkräften
- Im Katastrophenfall ist damit zu rechnen, dass der Grossteil der I&K-Infrastruktur der Bundesregierung ausfällt
- Die Internet-Infrastruktur in Deutschland ist in erster Linie kostenoptimiert und wenig redundant aufgebaut, die Mobilfunkinfrastruktur ebenso. Wie grossflächige Ausfälle der jüngsten Vergangenheit zeigen, weisen beide "Single Points of Failure" auf, die im Katastrophenfall zu einem grossflächigen Ausfällen von Internet und Mobilfunk führen können. Die geplante Abschaltung des wesentlich robusteren Telefonnetzes zugunsten internetbasierter Telefonie wird die Abhängigkeit des Landes vom Internet weiter erhöhen; hier muss dringend ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, der ein Funktionieren des Internets auch im Katastrophenfall gewährleistet. Ein funktionierendes Internet kann im Katastrophenfall viele Menschenleben retten und schwere wirtschaftliche Schäden vermeiden. Derzeit ist das Internet in Deutschland nicht katastrophensicher.
- Eine weitgehende Monokultur von Microsoft-Betriebssystemen in Wirtschaft und Verwaltung hat zu einer gefährlichen Anfälligkeit unserer nationalen IT-Infrastruktur gegenüber Computerviren und anderen Schadprogrammen geführt, die schwere wirtschaftliche Schäden und Anfälligkeit für Informationskatastrophen nach sich zieht. Eine verantwortungsvolle Politik hätte Alternativen stärker fördern müssen, insbesondere, da die staatlichen Verwaltungen hier erhebliche Mittel investieren.